

## Pressemitteilung

### **Bauindustrie Hessen fürchtet Pleitewelle Gespräche mit öffentlichen Auftraggebern gesucht**

Wiesbaden, 18.03.2022

Auch im Internet abrufbar: [www.bauindustrie-mitte.de](http://www.bauindustrie-mitte.de)

Die Baubranche steht bereits seit einiger Zeit enorm unter Druck. Rohstoffe werden knapp und die Preise steigen stetig weiter an. Die Bauwirtschaft als transportintensive Branche ist besonders von den extremen Preissteigerungen bei Kraftstoffen betroffen. Der Krieg in der Ukraine hat die Situation noch weiter verschärft. Baustoffe sind zum Teil nicht mehr zu bekommen, die Baustoff-, Energie- und Kraftstoffpreise bewegen sich auf Rekordniveau. Die Preissteigerungen konnten bisher von den Bauunternehmen nicht oder selten an die Auftraggeber weitergegeben werden. Die Konsequenzen sind dramatisch: laufende Verträge werden zu Minusgeschäften. Die Bauunternehmen müssen sich für den gesamten Zeitraum einer baulichen Maßnahme preislich binden, bekommen von ihren Baustofflieferanten derzeit aber nur Tagespreise genannt. „Ein mittelständisches Bauunternehmen, das in der Woche rund 6.000 Liter Diesel verbraucht, hat schon aufgrund dieser Preissteigerungen mit Mehrkosten von 7.500 € pro Woche zu kämpfen. Auf einer überschaubaren Musterbaustelle in Hessen stellt sich das aktuell so dar: Deckenerneuerung einer Kreisstraße im Auftragswert von 500.000 €, Bauzeit acht Wochen, vier Beschäftigte im Mittel. Es ergeben sich Mehrpreise der Hauptkostenarten: Asphalt 65.000 €, Diesel 11.000 €, Schüttgüter 6.000 €, das ist in Summe 82.000 €. Und das sind 16,4 Prozent

vom Auftrag. Dieser Anstieg lässt sich auf das Unternehmen hochrechnen. Sicher ist, das Kapital der meisten Baufirmen wird schnell aufgebraucht“, erläutert Dr. Burkhard Siebert, Hautgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen e.V. (BIV), die schwierige Lage: „In der Folge ergibt sich nach Überschuldung der Insolvenzantragsgrund. Innerhalb nur eines Jahres wird aus einem gesunden ein insolventes Bauunternehmen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Wir sind im Gespräch mit der Landesregierung und mit den Landesbehörden, suchen jetzt schnell Kontakt zum hessischen Städte- und Gemeindebund. Wir wissen, dass es keine einfachen und isolierten Lösungen in der komplexen Problemlage gibt. Einerseits muss die Investitionskraft der öffentlichen Auftraggeber, die die sozialen Mehrkosten der Krise zu tragen haben, erhalten bleiben. Andererseits muss die Insolvenz der Bauunternehmen verhindert werden. Und ausfallende Gewerbesteuern in den Kommunen wären nur eine der unabsehbaren Folgen einer Pleitewelle auf dem Bau. Eine einvernehmliche Vertragsanpassung mit Preisgleitung scheint uns die beste Lösung zu sein.“